Niederschrift

über die

9. Sitzung des Kreistages

des Landkreises Erlangen-Höchstadt

Sitzungstermin: Montag, den 19.07.2021

Sitzungsbeginn: 09:00 Uhr

Sitzungsende: 12:55 Uhr

Ort, Raum: in der Aischgrundhalle in Adelsdorf,
Höchstadter Str. 31 c,
91325 Adelsdorf

Anwesend sind:

Landrat

Landrat Alexander Tritthart

CSU-Fraktion

Kreisrat Thomas Fischer
Kreisrat Karl-Heinz Hertlein
Kreisrätin Gabriele Klaußner
Kreisrat Jan König
Kreisrat Helmut Lottes
Kreisrätin Andrea Louzil
Kreisrat Stefan Müller
Kreisrat Ludwig Nagel
Kreisrat Walter Nussel
Kreisrat Franz Rabl
Kreisrätin Dr. med. Ute Salzner
Kreisrätin Ruthild Schrepfer
Kreisrat Alexander Schulz
Kreisrat Bernhard Schwab
Kreisrat Norbert Stumpf
Kreisrat Gerhard Wölfel

bis 11:06 Uhr, während TOP I/4
bis 12:20 Uhr, während TOP I/6

ab 09:49 Uhr, während TOP I/3

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Kreisrat Manfred Bachmayer
Kreisrätin Gabriele Dirsch
Kreisrätin Lydia Göbel
Kreisrat Georgios Halkiás
Kreisrat Wolfgang Hirschmann
Kreisrätin Dr. Christiane Kolbet
Kreisrätin Dr. Silke Kreitz
Kreisrätin Astrid Marschall
Kreisrätin Retta Müller-Schimmel
Kreisrätin Ursula Schmidt

bis 12:36 Uhr, während TOP I/6

Freie Wähler-Fraktion

Kreisrat Karsten Fischkal
Kreisrätin Irene Häusler
Kreisrat Dr. Martin Oberle
Kreisrat Michael Schölkopf
Kreisrat Günter Schulz
Kreisrat Bernhard Seeberger
Kreisrat Dr. Manfred Welker

SPD-Fraktion

Kreisrat Konrad Gubo
Kreisrat Dr. German Hacker
Kreisrat Andreas Hänjes
Kreisrätin Annika Mück
Kreisrätin Renate Schroff
Kreisrätin Martina Stamm-Fibich

bis 12:52 Uhr, Ende der öffentlichen Sitzung

bis 12:52 Uhr, Ende der öffentlichen Sitzung

AfD-Fraktion

Kreisrat Christian Beßler
Kreisrätin Beatrice Bieger
Kreisrat René Jentzsch

bis 11:46 Uhr, während TOP I/6

bis 12:52 Uhr, Ende der öffentlichen Sitzung

JU-Fraktion

Kreisrat Dr. Konrad Körner
Kreisrat Maximilian Stopfer

FDP-Fraktion

Kreisrätin Britta Katharina Dassler
Kreisrat Michael Dassler

LÖP

Kreisrat Manfred Reinhart

Gäste/Sachverständige

Andreas Eisgruber	Staatliches Bauamt Nürnberg; bis 10:30 Uhr, nach TOP I/3
Daniela Latzel	Staatliches Bauamt Nürnberg; bis 10:30 Uhr, nach TOP I/3
Johannes von Hebel	Vorstandsvorsitzender der Stadt- und Kreissparkasse Erlangen Höchststadt Herzogenaurach; ab 09:22 Uhr, während TOP I/3; bis 11:13 Uhr, nach TOP I/4
Gerhard Wenzel	Stadt- und Kreissparkasse Erlangen Höchststadt Herzogenaurach; ab 09:22 Uhr, während TOP I/3; bis 11:13 Uhr, nach TOP I/4
Georg Förster	Sprecher der Initiative "LIBOS" (Landkreisübergreifendes Interkommunales Bündnis Ostast StUB); bis 11:40 Uhr, nach TOP I/5
Daniel Große-Verspohl	Geschäftsleiter Zweckverband Stadt-Umland-Bahn Nürnberg-Erlangen-Herzogenaurach; ab 10:00 Uhr, während TOP I/3; bis 11:40 Uhr, nach TOP I/5
Dieter Ulm	ulm Ingenieurgesellschaft; ab 10:15 Uhr, während TOP I/3; bis 12:54 Uhr, nach TOP II/2

Verwaltung

Regierungsamtsrätin Birgit Stolla	
Verwaltungsamtmann Markus Vogel	
Regierungsdirektor Manuel Hartel	
Regierungsdirektorin Anne-Marie Müller	bis 12:54 Uhr, nach TOP II/1
Kreisbaumeister Thomas Lux	bis 12:54 Uhr, nach TOP II/3
Verwaltungsrat Dietmar Pimpl	
Regierungsamtmann Thomas Wächtler	bis 12:52 Uhr, Ende der öffentlichen Sitzung
Beschäftigte Stephanie Mack	bis 12:52 Uhr, Ende der öffentlichen Sitzung
Beschäftigte Martina Schunk	bis 11:55 Uhr, während TOP I/6
Beschäftigte Doris Reinsberger	bis 12:54 Uhr, nach TOP II/2
Baurat Dieter Mußack	bis 10:30 Uhr, nach TOP I/3
Verwaltungsrat Norbert Walter	bis 12:54 Uhr, nach TOP II/3
Verwaltungshauptsekretärin Raffaella Becker	
Verwaltungsoberinspektorin Julia Schröder	bis 12:52 Uhr, Ende der öffentlichen Sitzung
Beschäftigter Michael Fugmann	bis 12:54 Uhr, nach TOP II/3
Beschäftigte Mareike Ullmann	ab 10:25 Uhr, während TOP I/3; bis 12:54 Uhr, nach TOP II/2

Schriftführer

Regierungsoberinspektor Michael Eger

Nicht anwesend sind:

CSU-Fraktion

Kreisrat Matthias Düthorn
Kreisrätin Regina Enz
Kreisrat Andreas Galster
Kreisrat Uwe Pöschl
Kreisrat Michael Schwägerl

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Kreisrat Dr. Lutz Bräutigam
Kreisrätin Doris Diehl-Grüm

Freie Wähler-Fraktion

Kreisrat Gerald Brehm
Kreisrat Herbert Saft
Kreisrat Ludwig Wahl
Kreisrat Manfred Wiehgärtner

SPD-Fraktion

Kreisrätin Mechthild Weishaar-Glab

JU-Fraktion

Kreisrat Nico Kauper

Die Sitzung hat folgende Tagesordnung:

I. Öffentliche Sitzung

1. Örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2019; Feststellung und Entlastung
2. Endgültiger Jahresabschluss und Lagebericht 2019 des Kreiskrankenhauses St. Anna Höchststadt a. d. Aisch; Feststellung und Entlastung
3. Information des Staatlichen Bauamtes Nürnberg über laufende Baumaßnahmen
4. Jährlicher Bericht der Stadt- und Kreissparkasse Erlangen Höchststadt Herzogenaurach
5. ÖPNV; StUB-Ostast; Abschluss einer Zweckvereinbarung über die Einbindung des Ostastes in die weiteren StUB-Planungen
6. Förderprogramm zur Unterstützung der Schulaufwandsträger bei der Beschaffung mobiler Luftreinigungsgeräte im Schuljahr 2021/2022
7. Umweltfreundliche und nachhaltige Beschaffung; Beitritt des Landkreises zum „Pakt zur nachhaltigen Beschaffung in den Kommunen der Europäischen Metropolregion Nürnberg“

II. Nichtöffentliche Sitzung

.....

Es besteht Beschlussfähigkeit. Die Einladung zur Sitzung erfolgte ordnungsgemäß am 08.07.2021; die Mehrheit der Mitglieder ist anwesend und stimmberechtigt.

I. Öffentliche Sitzung:

1. Örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2019; Feststellung und Entlastung

Den Mitgliedern des Kreistages steht zu diesem Tagesordnungspunkt eine Sitzungsvorlage zur Verfügung.

Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Kreisrat Gubo, stellt als wichtigstes Ergebnis der örtlichen Prüfung der Jahresrechnung 2019 fest, dass diese insgesamt ausgeglichen ist. Ein Überschuss bzw. Fehlbetrag ist nicht entstanden. Der Gesamthaushalt schloss mit Gesamteinnahmen und –ausgaben im Umfang von knapp 163 Mio. €. Sehr positiv sei zu bewerten, dass zur Finanzierung der Investitionen wieder ein Eigenfinanzierungsanteil in Form einer über den Mindestbetrag hinausgehenden Zuführung an den Vermögenshaushalt in Höhe von rund 8,4 Mio. € erfolgen konnte. Die Verschuldung des Landkreises sank zum 31.12.2019 erneut und beläuft sich nunmehr auf 18,8 Mio. €. Damit liege der Landkreis im Vergleich der Verschuldung pro Einwohner unterhalb des Durchschnitts aller bayerischen Landkreise. Eine starke Finanzausstattung werde weiterhin zur Finanzierung der anstehenden Großprojekte, insbesondere für das Schulbauprojekt am Gymnasium Spardorf und den Neubau der Dienststelle Höchststadt a. d. Aisch, benötigt, um die Verschuldung in Grenzen halten zu können. Die aktuell noch andauernde Niedrigzinsphase helfe, dass die finanziellen Auswirkungen vertretbar bleiben.

Die Haushaltswirtschaft könne insgesamt als ordnungsgemäß bezeichnet werden. Seitens der örtlichen Rechnungsprüfung werden gegen die Feststellung und uneingeschränkte Entlastung der Jahresrechnung 2019 keine Einwände erhoben.

Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Kreisrat Gubo, dankt den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses sowie der Verwaltung für die aufgeschlossene Unterstützung bei der Prüfungstätigkeit.

Der Kreistag fasst folgende Beschlüsse:

1. Nachdem der Bericht zur örtlichen Rechnungsprüfung keine Unstimmigkeiten aufzeigt, die das Abschlussbild unmittelbar berühren und die gemäß Art. 88 Abs. 3 LKrO aufzuklären wären, wird die Jahresrechnung 2019 unter Bewilligung der vollständig gedeckten weiteren überplanmäßigen Ausgaben von 69.701,85 EUR (Verlustdeckung Kreiskrankenhaus) mit den nachfolgenden Abschlusszahlen festgestellt:

	Verwaltungshaushalt EUR	Vermögenshaushalt EUR	Gesamthaushalt EUR
Solleinnahmen	146.238.892,44	16.793.499,06	163.032.391,50
+neue Haushaltseinnahmereste	0,00	1.169.000,00	1.169.000,00
- alte Haushaltseinnahmereste	0,00	496.000,00	496.000,00
- alte Kasseneinnahmereste	19.708,56	931.060,00	950.768,56
Bereinigte Solleinnahmen	146.219.183,88	16.535.439,06	162.754.622,94
Sollausgaben	145.768.804,08*)	11.838.563,90**)	157.607.367,98**)
+ neue Haushaltsausgabereste	583.619,15	4.736.875,16	5.320.494,31
- alte Haushaltsausgabereste	133.239,35	40.000,00	173.239,35
- alte Kassenausgabereste	0,00	0,00	0,00
Bereinigte Sollausgaben	146.219.183,88	16.535.439,06	162.754.622,94
Fehlbetrag/Überschuss	0,00	0,00	0,00

*) Darin enthalten: Zuführung zum Vermögenshaushalt 11.379.347,59 EUR (Haushaltsansatz: 7.589.000,00 EUR)
 **) Darin enthalten: Zuführung zur allgemeinen Rücklage 3.796.680,14 EUR (Haushaltsansatz: 108.000,00 EUR)

Abstimmung: einstimmig beschlossen **Ja: 47 Nein: 0 Anwesend: 47**

2. Für die festgestellte Jahresrechnung 2019 wird die uneingeschränkte Entlastung erteilt.

Abstimmung: einstimmig beschlossen **Ja: 46 Nein: 0 Anwesend: 47**
Beteiligt: 1

Die Beratung und Beschlussfassung zu diesem Punkt erfolgte ohne Landrat Tritthart. Die Sitzungsleitung hat stellvertretender Landrat Dr. Oberle übernommen.

2. Endgültiger Jahresabschluss und Lagebericht 2019 des Kreiskrankenhauses St. Anna Höchststadt a. d. Aisch; Feststellung und Entlastung

Den Mitgliedern des Kreistages steht zu diesem Tagesordnungspunkt eine Sitzungsvorlage zur Verfügung.

Der Kreistag fasst folgende Beschlüsse:

1. Feststellung des Jahresabschlusses:

Der Kreistag stellt den Jahresabschluss des Kreiskrankenhauses St. Anna Höchststadt a. d. Aisch für das Geschäftsjahr 2019 wie folgt fest:

Ergebnis der Bilanz

Aktivseite	12.126.551,81 EUR
Passivseite	12.126.551,81 EUR

Ergebnis der Gewinn- und Verlustrechnung

Jahresfehlbetrag	2.669.701,85 EUR
------------------	------------------

Behandlung des Jahresfehlbetrages	
a) zu tilgen aus Gewinnvortrag	0,00 EUR
b) zu tilgen aus Eigenkapital	0,00 EUR
c) auf neue Rechnung vorzutragen	2.669.701,85 EUR

Ergebnis des Anlagennachweises

Anschaffungswerte	25.408.779 EUR
Abschreibungen	15.580.493 EUR
Restbuchwert	9.828.286 EUR

Abstimmung: einstimmig beschlossen **Ja: 47 Nein: 0 Anwesend: 47**

2. Entlastung:

Gemäß Art. 88 Abs. 3 der Landkreisordnung (LKrO) wird die uneingeschränkte Entlastung des örtlich geprüften und vom Kreistag festgestellten Jahresabschlusses 2019 für das Kreiskrankenhaus St. Anna Höchststadt a. d. Aisch beschlossen.

Abstimmung: einstimmig beschlossen **Ja: 46 Nein: 0 Anwesend: 47**
Beteiligt: 1

Die Beratung und Beschlussfassung zu diesem Punkt erfolgte ohne Landrat Tritthart. Die Sitzungsleitung hat stellvertretender Landrat Dr. Oberle übernommen.

3. Information des Staatlichen Bauamtes Nürnberg über laufende Baumaßnahmen

Landrat Tritthart begrüßt Behördenleiter Andreas Eisgruber und Abteilungsleiterin Daniela Latzel vom Staatlichen Bauamt Nürnberg und bedankt sich für die vorbereitete Präsentation zu Projekten und Maßnahmen des Staatlichen Bauamtes im Landkreis Erlangen-Höchststadt. Diese ist der Niederschrift nochmals als Anlage beigefügt. Die Vortragenden erläutern zunächst insbesondere die Entwicklung der Alltagsmobilität in Bayern während der Corona-Pandemie sowie das Unfallgeschehen 2020. Demnach wurden täglich $\frac{1}{4}$ weniger Wege und Personenkilometer zurückgelegt. Die Fahrradnutzung sei nicht maßgeblich angestiegen, jedoch wurden deutlich längere Strecken zurückgelegt. Das Unfallgeschehen 2020 sei auf einen historischen Tiefstand gesunken. Im weiteren Verlauf der Präsentation wird auf die Auswahl untersuchter Knotenpunkts-Varianten der B 2 Ortsumgehung Forth eingegangen. Hierzu wird auf die von Herrn Peiker-Kiesel in der Sitzung des Kreistages am 18.01.2021 vorgestellte Planung verwiesen. Zwischenzeitlich wurden von Seiten des Bundes drei Anbindungen an die B 2 Ortsumgehung Forth akzeptiert, d.h. die Kosten werden vom Bund übernommen. Die Art der Anbindung wird noch abstimmt, wobei eine Mischform Ampel/Kreisverkehre der Knotenpunkte aus Sicht des Staatlichen Bauamtes nicht erfolgen sollte. Für die Planungen der Ortsumfahrung Gremsdorf der B 470 gebe es hinsichtlich der Südvariante und ggf. einer Tunnelvariante frühestens im Herbst 2021 erste Ergebnisse, da der maßgebliche Betrachtungszeitraum ein Jahr betrage. Bei allen drei vorgeschlagenen Varianten der Ortsumgehung Gremsdorf (B470) müssen noch umfangreiche Prüfungen vorgenommen werden. Herr Eisgruber erklärt, man stehe erst am Beginn der Planungen. Belange des Naturschutzes, Grundwasserströme sowie Zu- und Abflüsse werde man noch überprüfen. Eine Zumutbarkeitsprüfung der Varianten stehe ebenfalls noch aus. Im Weiteren wird auf die Errichtung einer Lichtsignalanlage an der Einmündung der

Kreisstraße ERH 16/B 470 bei Adelsdorf eingegangen. Mit Errichtung der Lichtsignalanlage konnte der Unfallschwerpunkt beseitigt werden. Die derzeitige Situation stelle sich als unproblematisch dar. Aufgrund des Ausbaus der BAB A 3 können derzeit für weitere verkehrliche Untersuchungen keine verlässlichen Zahlen erhoben werden. Ein weiteres Verkehrsgutachten sei deshalb derzeit nicht vorgesehen. Hinsichtlich der Sanierung der St 2240, Ortsdurchfahrt Uttenreuth, werden in Abstimmung mit allen Beteiligten, als wesentliche Eckpunkte durchgehende Fahrradachsen beidseitig, Querungshilfen, breitere Gehwege und ein lärmindernder Belag genannt. Insgesamt soll die Aufenthaltsqualität deutlich verbessert werden.

Im Anschluss an den Vortrag beantworten die Vertreter des Staatlichen Bauamtes weitere Fragen aus dem Gremium. Auf der B 470 bei Lonnerstadt wird ein neuer Kreisverkehr vorgeschlagen. Herr Eisgruber erklärt, dass durch die Errichtung einer Ampelanlage der Unfallschwerpunkt an der Abzweigung Lonnerstadt gelöst wurde. Aktuell seien dem Staatlichen Bauamt keine Probleme mehr bekannt. Angesprochen auf das hohe Verkehrsaufkommen während einer Sperre der Autobahn weist der Leiter des Staatlichen Bauamtes darauf hin, dass die Sperrung einer Autobahn aus Kapazitätsgründen immer zu Verkehrsproblemen auf den umliegenden Straßen führe. Die Ampelanlage sei steuerbar und könne in einer solchen Situation ein erhöhtes Verkehrsaufkommen besser leiten, als dies über einen Kreisverkehr möglich wäre. Eine östlich von Lonnerstadt bestehende problematische Verkehrssituation sei dem Staatlichen Bauamt bisher nicht bekannt gewesen. Aus dem Gremium wird auf ein schon mehrfach angeregtes Gesamtverkehrskonzept im Verlauf der B 470 zwischen Zeckern und Uehlfeld hingewiesen. Hierzu teilen die Vertreter des Staatlichen Bauamtes mit, dass die Konzeptionen punktuell und nur bei Bedarf erfolgen. Kritisch nachgefragt wird außerdem zur sehr langen Planungszeit u.a. für den Radweg entlang der B 2 von Heroldsberg nach Nürnberg. Dies sei nach Auskunft von Behördenleiter Eisgruber den notwendigen Verfahren geschuldet. Bei der Planung ist der Staatsforst (Bannwald) sowie der Naturschutz mit eingebunden und betroffen. Ungeklärt ist weiterhin, ob der Fahrradweg links oder rechts der Straße gebaut werden soll. Der Staatsforst habe hierzu noch keine abschließende Aussage getroffen. Wünsche und der Bedarf weiterer Radwege entlang von Staats- und Bundesstraßen werden bei der Radwegekonzeption berücksichtigt. Zum Zeitplan für den Bau der Ortsumgehung der B 2 bei Forth teilt Behördenleiter Eisgruber mit, die Ortsumgehung sei im vordringlichen Bedarf für den Ausbau von Bundesstraßen. Der Vorentwurf werde voraussichtlich im Herbst dieses Jahres an die zuständigen Stellen im Bund weitergeleitet. Mit einem Baubeginn könne voraussichtlich erst Mitte des Jahrzehnts gerechnet werden. Weitere Beschlüsse in den kommunalen Gremien Kreistag und Gemeinderat seien nicht erforderlich.

Abschließend versichern die Vertreter des Staatlichen Bauamtes die Koordination der Baustellen immer im Sinne der geringstmöglichen Beeinträchtigung für die Verkehrsteilnehmer durchzuführen. Die Belange unterschiedlicher Baulastträger und auch Kostengründe müssen dabei jedoch auch berücksichtigt und abgewogen werden.

4. Jährlicher Bericht der Stadt- und Kreissparkasse Erlangen Höchststadt Herzogenaurach

Landrat Tritthart begrüßt den Vorstandsvorsitzenden der Stadt- und Kreissparkasse Erlangen Höchststadt Herzogenaurach Herrn Johannes von Hebel und bedankt sich, auch im Namen des Verwaltungsrates, für den jährlichen Bericht im Kreistag. Die vorbereitete Präsentation liegt den Mitgliedern des Kreistages vor. Der Vorstandsvorsitzende Herr von Hebel erläutert anschließend im Rahmen einer Präsentation den Jahresabschluss 2020, die Geschäftsentwicklung per 30.04.2021 und gibt einen weiteren Ausblick zur langfristigen Zinsentwicklung, zu Maßnahmen zur Verbesserung des Betriebsergebnisses, zur Entwicklung des

Betriebsergebnisses vor Bewertung, zum Filialnetz, zur Nachhaltigkeit und zur Förderung gemeinnütziger Zwecke über Spenden und Sponsoring sowie zwei Stiftungen. Die detaillierte Präsentation ist der Niederschrift als Anlage nochmals beigelegt. Auf Nachfragen aus dem Gremium teilt Herr von Hebel Folgendes mit: Das aktuelle BGH-Urteil bezüglich der Gebührenerhöhung seitens der Banken werde von der Stadt- und Kreissparkasse Erlangen Höchststadt Herzogenaurach so umgesetzt, dass in der Vergangenheit betroffene Kunden selbst aktiv werden müssen. Aktuell versuche man mit den Kunden eine Vereinbarung über zukünftige Konditionen zu treffen. Sofern keine Vereinbarung zu Stande kommt, werde es auch zu Kündigungen kommen. Eine Kündigung ohne vorherigen Kundenkontakt werde es jedoch nicht geben. Die Sparkasse liegt laut Vorstandsvorsitzenden von Hebel im bayernweiten Vergleich unter den besten 10 %. Bis 2026 werde man Prognosen zufolge mit dem Betriebsergebnis vor Bewertung über der strategischen Untergrenze von 0,50 % Durchschnittsbilanzsumme (DBS) bleiben. Hinsichtlich des bestehenden Baubooms appelliert Herr von Hebel an die Kommunalpolitik, insbesondere kostengünstige Baugrundstücke zu schaffen. Wegen der erheblichen Privatvermögen, die zu Hause vorgehalten werden, weist Herr von Hebel darauf hin, dass sich die Sparkassen intensiv gegen die Maßnahmen der EZB zu Negativzinsen auf Spareinlagen ausgesprochen haben. Überlegungen zu weiteren Fusionen oder Personalabbau gebe es aktuell nicht.

Landrat Tritthart bedankt sich im Namen des Verwaltungsrates bei Herrn von Hebel und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die geleistete Arbeit.

5. ÖPNV; StUB-Ostast; Abschluss einer Zweckvereinbarung über die Einbindung des Ostastes in die weiteren StUB-Planungen

Den Mitgliedern des Kreistages steht zu diesem Tagesordnungspunkt eine Sitzungsvorlage vom 01.07.2021 zur Verfügung. Ergänzend dazu haben die Mitglieder des Kreistages mit Schreiben vom 08.07.2021 eine Tischvorlage mit drei Änderungswünschen hinsichtlich der Beschlussvorschläge zu Ziffer 4, 5 und 6 erhalten. Die Sitzungsvorlage sowie die Tischvorlage sind der Niederschrift nochmals beigelegt.

Landrat Tritthart erläutert, es habe in den letzten Wochen viele Gespräche mit den betroffenen Gemeinden, den Städten Erlangen und Nürnberg, dem Landkreis Forchheim sowie den Fraktionsvorsitzenden und dem Vertreter der LÖP gegeben. Landrat Tritthart führt aus, die Situation im Landkreis Erlangen-Höchststadt sei in der Gesamtschau sehr viel komplexer als im Landkreis Forchheim, da auch die Aufgabenstellung hinsichtlich der StUB der Stadt Herzogenaurach berücksichtigt werden müsse. Auf der Basis der Abstimmungsgespräche konnte ein Beschlussvorschlag erarbeitet werden, der zu einem einstimmigen Empfehlungsbeschluss an den Kreistag im Kreisausschuss am 12.07.2021 führte. Nach positiver weiterer Beschlussfassung werde der Zweckverband Stadt-Umland-Bahn (StUB) die weitere Planung übernehmen. Ein Kreistagsbegehren zur Frage des Eintritts in den Zweckverband StUB solle nach Vorlage der Planungsleistungen und nach dem geplanten Ratsbegehren der Stadt Erlangen durchgeführt werden. Im weiteren Verlauf erläutert Landrat Tritthart nochmals die vorliegenden Beschlussvorschläge und weist darauf hin, dass der Kreisausschuss am 12.07.2021 in Ziffer 5 das Wort „beabsichtigt“ geändert hat in das Wort „wird“.

In der anschließenden Beratung äußert zunächst der Vorsitzende der FW-Kreistagsfraktion, Kreisrat Fischkal, die Meinung, das Für und Wider zum StUB-Ostast sei bereits ausführlich diskutiert worden. Hierzu gebe es unterschiedliche Meinungen. Wichtig sei die erneute Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger vor Eintritt des Landkreises in den Zweckverband StUB. Sollte eine namentliche Abstimmung beantragt werden, wäre dies aus seiner Sicht in Ordnung. In den

weiteren Wortmeldungen befürworten die Fraktionsvorsitzenden der im Kreistag vertretenen Fraktionen sowie der Vertreter der LÖP übereinstimmend die Beschlussvorschläge. Der Fraktionsvorsitzende der AfD-Kreistagsfraktion, Kreisrat Beßler, hebt ebenfalls die Bedeutung des Kreistagsbegehrens nach Abschluss der Planungen hervor. Der Fraktionsvorsitzende der CSU-Kreistagsfraktion, Kreisrat Nussel, dankt den Fraktionen und dem Landrat für die zielführende Meinungsbildung. Der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion und Erster Bürgermeister der Stadt Herzogenaurach, Kreisrat Dr. Hacker, erklärt, die Stadt Herzogenaurach werde die Kosten bis zur Inbetriebnahme des L-Netzes tragen, jedoch nicht für den Ostast.

Der Fraktionsvorsitzende der Freien Wähler, Kreisrat Fischkal, stellt den Antrag, lediglich die Nr. 1 bis 4 des vorliegenden Beschlussvorschlages „en bloc“ abzustimmen. Die nachfolgenden Nummern 5 und 6 dagegen einzeln. Von Seiten des Ersten Bürgermeisters der Stadt Herzogenaurach, Kreisrat Dr. Hacker, wird in diesem Fall der Einwand erhoben, dass dann die Reihenfolge der Abstimmung geändert werden müsse. Er stellt den Antrag zunächst die Nr. 6, dann die Nr. 5 und anschließend zusammen über die Nummern 1 bis 4 abzustimmen.

Auf Nachfrage von Landrat Tritthart wird aus dem Gremium dazu Einverständnis signalisiert. Landrat Tritthart lässt danach in folgender Reihenfolge über den Beschlussvorschlag abstimmen, Nr. 6, Nr. 5 und Nummern 1 bis 4:

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

6. Der Landkreis wird im Falle des Eintritts in den Zweckverband StUB sowie frühestens ab der Betriebsaufnahme des sog. L-Netzes im Stadtgebiet von Herzogenaurach die Aufgabenträgerschaft für die Stadt-Umland-Bahn wieder für das gesamte Landkreisgebiet übernehmen. Dies würde ab Eintritt der obigen Voraussetzungen dann auch die Übernahme der Betriebskosten der StUB in Herzogenaurach einschließen. Sollte der Landkreis nicht Mitglied im Zweckverband StUB werden, wird er die Stadt Herzogenaurach nicht an den Planungskosten des Ost-Astes laut der Zweckvereinbarung nach Ziffer 1) beteiligen.

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen **Ja: 45 Nein: 2 Anwesend: 47**

5. Nach Vorliegen der Planungsleistungen zur Abbildung des Ost-Astes der StUB in den Fördermitteleinzelantrag laut Zweckvereinbarung sowie nach dem geplanten Ratsbegehren zur StUB in der Stadt Erlangen wird der Landkreis ein Kreistagsbegehren über die Frage des Eintritts in den Zweckverband StUB nach Art. 12a Abs.2 LKrO durchführen.

Abstimmung: einstimmig beschlossen **Ja: 47 Nein: 0 Anwesend: 47**

1. Der Kreistag stimmt der in der Anlage beigefügten Zweckvereinbarung über die Einbindung des Ost-Astes in die weiteren StUB-Planungen zu und ermächtigt den Landrat, die Zweckvereinbarung abzuschließen. Die Ermächtigung steht unter dem Vorbehalt, dass auch der Landkreis Forchheim sowie die Stadt Erlangen der Zweckvereinbarung zustimmen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Zweckvereinbarung nach Abschluss in Abstimmung mit den übrigen Beteiligten der Regierung von Mittelfranken gem. Art. 12 Abs. 2 i.V.m. Art. 13 KommZG zur Genehmigung und Veröffentlichung im Amtsblatt vorzulegen.
3. Der Abschluss gem. Ziffer 1) sowie die Vorlage gem. Ziffer 2) erfolgt nach

Abschluss des Verfahrens über die Erteilung einer verbindlichen Auskunft beim zuständigen Finanzamt nach § 89 AO betreffend die umsatzsteuerliche Bewertung des Kostenersatzes auf Basis der Zweckvereinbarung.

4. Die Verwaltung wird ermächtigt, redaktionelle Änderungen an der als Anlage beigefügten Zweckvereinbarung sowie solche Änderungen, die sich z.B. im Hinblick auf die Abstimmung nach Ziffer 3) oder auch nach Hinweisen der Regierung von Mittelfranken ergeben und keine weitergehenden Verpflichtungen des Landkreises begründen, ohne nochmalige Befassung selbständig vorzunehmen und dem Kreistag nachträglich zur Kenntnis zu geben.

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen **Ja: 45 Nein: 2 Anwesend: 47**

6. Förderprogramm zur Unterstützung der Schulaufwandsträger bei der Beschaffung mobiler Luftreinigungsgeräte im Schuljahr 2021/2022

Den Mitgliedern des Kreistages wurde zu diesem Tagesordnungspunkt mit Schreiben vom 15.07.2021 eine Tischvorlage übersandt bzw. elektronisch zur Verfügung gestellt. Die Tischvorlage ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Landrat Tritthart erläutert zu Beginn, dass seitens der Bayerischen Staatsregierung dringend empfohlen wird bis zum Schuljahresbeginn mobile Luftreinigungsgeräte für die Schulen anzuschaffen. Dies würde nicht nur Fach- und Klassenräume betreffen, sondern z.B. auch die Aula und Aufenthaltsräume der Ganztagsbetreuung. Der staatliche Förderanteil liege bei 50 %. Die Kommunalen Spitzenverbände haben sich sowohl zum Verfahren, insbesondere im Hinblick auf die zeitliche Umsetzbarkeit als zum tatsächlichen Nutzen, sehr kritisch geäußert. Neben den bereits beschafften Geräten wären für die in der Trägerschaft des Landkreises stehenden Schulen noch 670 Räume für insgesamt 2,30 Mio. Euro auszustatten. Im Landkreishaushalt sind dafür keine Mittel vorgesehen, man könne jedoch auf nicht genutzte Mittel aus dem Straßenbau zurückgreifen. Diese Haushaltsmittel müssten im Landkreishaushalt 2022 erneut zusätzlich eingestellt werden. Bei einer Beschlussfassung zur Beschaffung mobiler Luftreinigungsgeräte müssen die Vergabevorschriften für eine EU-weite Ausschreibung und damit die geltenden Fristen hierfür eingehalten werden, so dass eine Lieferung der Geräte bis Schuljahresbeginn 2021/2022 nicht realistisch ist. Landrat Tritthart verweist auf die von der Verwaltung ausgearbeiteten vier Beschlussalternativen der Tischvorlage, die nun im Gremium beraten und vom Kreistag entschieden werden müssen.

In der anschließenden Beratung äußert zunächst der Fraktionsvorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion, Kreisrat Dr. Hacker, die Ansicht, mobile Luftreinigungsgeräte seien wirksam, jedoch in geringem Maße, so dass trotzdem gelüftet werden müsse. Er plädiert für die Beschlussalternative 4, wonach für Klassen- und Fach-unterrichtsräume, die bereits über eine ausreichende Belüftung verfügen, keine weiteren mobilen Luftreinigungsgeräte oder dezentrale Lüftungsanlagen beschafft werden. Landrat Tritthart teilt hierzu mit, dass geschlossene Räume ohne ausreichende Belüftungsmöglichkeiten bereits entsprechend ausgestattet sind. In der folgenden Wortmeldung betont der Fraktionsvorsitzende der Jungen Union, Kreisrat Stopfer, wie wichtig offene Schulen sind. Kinder müssen die Möglichkeit haben sicher zur Schule gehen zu können. Er verweist auf die fehlende Impfempfehlung für die Kinder im Alter von 12 bis 15 Jahren. Lüften bei sehr kalten Temperaturen führe nur zu einem unzureichenden Luftaustausch. Die Luftreinigungsgeräte seien wirksam und das Geld gut investiert. Er spricht sich daher für die Beschlussalternative 1 aus, wonach mobile Luftreinigungsgeräte mit Filter-technologie für alle Klassen- und

Fachunterrichtsräume, die nicht bereits über raumluftechnische Anlagen verfügen, beschafft werden. Der Fraktionsvorsitzende der CSU-Kreistagsfraktion, Kreisrat Nussel, erklärt, auch in anderen Bereichen z.B. dem Brandschutz werden präventiv Maßnahmen getroffen, um die Menschen zu schützen. Es sei wichtig, Personen, die sich nicht impfen lassen können zu schützen und den Präsenzunterricht zu ermöglichen. Er spricht sich ebenfalls für Beschlussalternative 1 aus. Auch der Fraktionsvorsitzende der Freien Wähler, Kreisrat Fischkal, teilt mit, die Beschlussalternative 1 zu unterstützen. Die Eltern würden für die Kinder höchstmögliche Sicherheit erwarten. Der Fraktionsvorsitzende der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Kreisrat Hirschmann, bringt die Beschlussalternativen 2 und 3 in die Diskussion ein. Beschlussalternative 2 sieht die Beschaffung mobiler Luftreinigungsgeräte mit Filtertechnologie für die Jahrgangsstufen 5 und 6 an weiterführenden Schulen, sowie für alle Jahrgangsstufen der Förderzentren vor. Beschlussalternative 3 würde die Beschaffung mobiler Luftreinigungsgeräte mit Filtertechnologie im Rahmen der Vergabemöglichkeiten im sogenannten Unterschwellenbereich ermöglichen.

In der anschließenden ausführlichen Diskussion wird in zahlreichen verschiedenen Wortmeldungen aus allen Fraktionen das Für und Wider der einzelnen Beschlussalternativen 1, 2, 3 und 4 erörtert.

Ein Antrag zur Geschäftsordnung auf Schluss der Beratung und sofortige Abstimmung des Fraktionsvorsitzenden der FW-Kreistagsfraktion, Kreisrat Fischkal, wird mehrheitlich mit 20:24 Stimmen abgelehnt.

Zusammengefasst wird im Wesentlichen vorgetragen, gegen den Kauf der Geräte würden die hohen Anschaffungs- und Betriebskosten sprechen. Ebenso sei die Wirksamkeit niedrig und das Lüften per Fenster werde aufgrund der CO₂-Sättigung weiterhin erforderlich sein. Eine erneute Schließung der Schulen durch die Bayerische Staatsregierung sei auch trotz Anschaffung der Geräte nicht auszuschließen.

Die Befürworter der Luftreinigungsgeräte sehen damit einen weiteren Baustein in der Bekämpfung der Pandemie. Zur Wirksamkeit gebe es durchaus positive Studien, so dass die Geräte eine sinnvolle Ergänzung sein können, auch wenn trotzdem gelüftet werden müsse. Eltern würden für die Schülerinnen und Schüler höchstmögliche Sicherheit erwarten, auch wenn es keinen hundertprozentigen Schutz geben werde, solle man versuchen, nach aktuellem Wissenstand und Stand der Technik zu handeln, um so viel Präsenzunterricht wie möglich zu gewährleisten.

Eine Beschaffung von Luftreinigungsgeräten begrenzt auf den sog. Unterschwellenbereich des Vergaberechts würde eine kurzfristigere Beschaffung der Geräte ermöglichen. Wegen unterschiedlicher Klassengrößen sei der Einsatz nicht überall zielführend möglich. Aus diesem Grund müssten auch nicht alle Klassenräume ausgestattet werden. Ein zeitlicher Aufschub der Entscheidung wird ebenso in die Diskussion eingebracht, wie ein gestaffelter Kauf zunächst für Jahrgangsstufe 5 und 6 als Pflichtkauf, bei Ausschreibung nach Beschlussalternative 1. Einig ist sich das Gremium, dass auf langfristige Sicht alle Schulgebäude mit geeigneten zentralen Lüftungsanlagen ausgestattet werden sollten.

Landrat Tritthart erklärt anschließend, die weitergehende Beschlussalternative 1 sei zuerst abzustimmen. Da der Förderantrag auch andere Räume umfasse, müsse dieser in Satz 3 wie folgt konkretisiert werden: „Es werden für alle unter das Förderprogramm fallende Räume, in denen sich Schüler und/oder Lehrer im Unterrichts- und Schulbetrieb regelmäßig über einen längeren Zeitraum aufhalten mobile Luftreinigungsgeräte mit Filtertechnologie beschafft, die nicht bereits über (richtlinienkonforme) raumluftechnische Anlagen verfügen“. Ebenso müsse in Nr. 2

zur Deckung der außerplanmäßigen Ausgaben folgender Zusatz vorgesehen werden: „und ggf. durch eine erhöhte Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage bei Haushaltsstelle 1.9101.3100“.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

1. Der Landrat und die Verwaltung werden mit der Beschaffung und Auftragsvergabe für weitere mobile Luftreinigungsgeräte mit Luftfiltertechnologie der in Trägerschaft des Landkreises stehenden Schulen beauftragt. Es werden für alle unter das Förderprogramm fallende Räume, in denen sich Schüler und / oder Lehrer im Unterrichts- und Schulbetrieb regelmäßig über einen längeren Zeitraum aufhalten mobile Luftreinigungsgeräte mit Filtertechnologie beschafft, die nicht bereits über (richtlinienkonforme) raumluftechnische Anlagen verfügen.

Die Beschaffung und die Auftragsvergabe erfolgt im Rahmen der Richtlinie zur Förderung von Investitionskosten für technische Maßnahmen zum infektionsschutzgerechten Lüften in Schulen (FILS-R-N) und entsprechend der vergabe- und förderrechtlichen Vorschriften ggf. unter Zuhilfenahme eines Vergabebüros.

2. Die hieraus resultierenden außerplanmäßigen Ausgaben bei Haushaltsstelle 1.2000.9359 (Erwerb von sonst. beweglichen Sachen des Anlagevermögens) werden bewilligt. Die Deckung der außerplanmäßigen Ausgaben erfolgt durch die Heranziehung von heuer nicht benötigten Haushaltsmitteln im Bereich des Kreisstraßenbaus bei Haushaltsstelle 1.6527.9510 und gegebenenfalls durch eine erhöhte Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage bei Haushaltsstelle 1.9101.3100.

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen

Ja: 24 Nein: 20 Anwesend: 44

Vor Eintritt in die weitere Beratung der nachfolgenden Tagesordnungspunkte weist Kreisrat Fischkal angesichts der fortgeschrittenen Zeit darauf hin, dass es nach der Geschäftsordnung für den Kreistag möglich wäre, die nachfolgenden Tagesordnungspunkte zu vertagen. Landrat Tritthart erklärt, er könne sich eine zügige Behandlung der nachfolgenden Tagesordnungspunkte vorstellen. Ein Antrag auf Vertagung wird danach aus dem Gremium nicht gestellt.

7. Umweltfreundliche und nachhaltige Beschaffung; Beitritt des Landkreises zum „Pakt zur nachhaltigen Beschaffung in den Kommunen der Europäischen Metropolregion Nürnberg“

Den Mitgliedern des Kreistages steht zu diesem Tagesordnungspunkt eine Sitzungsvorlage zur Verfügung.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Der Landkreis Erlangen-Höchstadt unterstützt die Umsetzung des Paktes zur nachhaltigen Beschaffung in den Kommunen der Metropolregion.

Im Rahmen der Unterstützung des Paktes durch den Landkreis Erlangen-Höchstadt wird die Verwaltung beauftragt, folgende erste Maßnahmen durchzuführen:

- Erstellung eines Maßnahmenplanes zur Umsetzung des Paktes

- Prüfung des Sachstandes bzgl. einer Beschlussfassung zur nachhaltigen Beschaffung bzw. der Einbindung von Handlungsleitlinien zur nachhaltigen Beschaffung sowie der Unterbreitung von diesbezüglichen Handlungsvorschlägen und Berichterstattung an das Gremium
- Teilnahme an den 2-jährigen Umfragen zu Bestandsaufnahme kommunaler Beschaffungspraxis der Metropolregion Nürnberg.

Der Landrat des Landkreises Erlangen-Höchstadt wird beauftragt, die für den Landkreis Erlangen-Höchstadt erforderliche öffentliche Beitrittsbekundung durch seine Unterschrift abzugeben.

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen

Ja: 42 Nein: 2 Anwesend: 44

II. Nichtöffentliche Sitzung:

.....

Erlangen, 20.07.2021

Alexander Tritthart
Landrat

Michael Eger
Regierungsoberinspektor

Landkreis Erlangen-Höchstadt Kreistagssitzung am 19.07.2021

Staatliches Bauamt Nürnberg
Fachbereich Straßenbau

Andreas Eisgruber – Behördenleiter
Daniela Latzel – Abteilungsleiterin

Straßenverkehrszählung 2021

Dank für reibungslose Organisation und Durchführung

- neuer Zulassungsstandard TZ5 für Seitenradargeräte ab 2022
- Hinweis bei Presseanfragen

Ausbauplan für die Staatsstraßen – Weiterführung

Umgang mit ehemaligen Ausbauplanprojekten

- Weiterführung mit Verschlinkung
- künftig nur noch Projekte des Netzausbaus

Bayerisches Staatsministerium für
Wohnen, Bau und Verkehr

Kerstin Schreyer informiert

20.04.2021

- 7. Ausbauplan für die Staatsstraßen in Bayern

Auswahlflächen

- Flächenpool: 10.000 Flächen
(ca. 2.000 Hektar)
- bereits 5.800 Flächen (ca. 1.100 Hektar)
können ab 2021 optimiert gepflegt werden
- bereits 10 Ämter haben vollständig gemeldet
- bereits 6 Ämter haben die Daten
in BAYSIS eingepflegt

Auswahlflächen

Alltagsmobilität in Bayern während Corona

- leichte Verschiebung der Verkehrsmittelnutzung auf „eigene Füße“ und Fahrrad
- Täglich wurden ca. ¼ weniger Wege und Personenkilometer zurückgelegt
- ÖPNV deutlich eingebrochen
- Fahrradnutzung nicht maßgeblich angestiegen, jedoch deutlich längere Strecken

Unfallgeschehen 2020

- Zahl der Verkehrsunfälle im Jahr 2020 auf einem historischen Tiefstand
- Im Mittel 12,9% weniger Unfälle als im Mittel der Vorjahre 2017-2019
- 17,1% weniger Getötete und 17,3% weniger Verletzte

B2 OU Forth

Auswahl untersuchter Knotenpunkts-Varianten

Schutzgutübergreifende Bereiche mit sehr hohen Raumwiderständen

Voruntersuchung:

- Stickstoffdepositionsgutachten
- Hydrogeologische Untersuchung
- Bewertung zu erwartender erheblicher Beeinträchtigungen der Schutzgebiete
- Neubewertung auf Basis BVWP 2030 für die Südvariante und ggf. die Tunnelvariante

Maßnahmen 2021 im Lkr. Erlangen-Höchstadt

Planungen im Lkr. Erlangen-Höchstadt

Weitere Schwerpunktthemen

B 470 / ERH 16 Kreuzungsumbau

Voruntersuchung (Stand Okt. 2019)

Verkehrliche Bewertung:
Zeitnahes Erreichen der Leistungsgrenze für beide Knotenpunktformen (KVP, LSA)

→ durch große Verkehrsschwankungen keine Empfehlung möglich

Kreuzung B 470/ERH 16

Unfallhäufung 2015-2017

Unfalltyp:
 1x Abbiegeunfall
 1x Einbiegen/ Kreuzen
 2x Längsverkehrsunfall

Unfallart:
 Zusammenstoß von Fzg
 1x das anfährt, anhält, steht
 1x das vorausfährt, wartet
 2x das einbiegt/ kreuzt

Legende

Unfalltypen

- Fahrnfall (F) | Unfalltyp 1
- Abbiegeunfall (AB) | Unfalltyp 2
- Einbiegen/Kreuzen-Unfall (EK) | Unfalltyp 3
- Überschreitenunfall (ÜS) | Unfalltyp 4
- Unfall durch ruhenden Verkehr (RV) | Unfalltyp 5
- Unfall im Längsverkehr (LV) | Unfalltyp 6
- Sonstiger Unfall (SO) | Unfalltyp 7

Unfallkategorien

- Unfall mit Getöteten U(GT) | Kategorie 1
- Unfall mit Schwerverletzten U(SV) | Kategorie 2
- Unfall mit Leichtverletzten U(LV) | Kategorie 3
- Unfall mit Sachschaden U(S) | Kategorie 7

Unfallhäufungen

- Unfallhäufung mit einer Ausdehnung > 100 Meter
- ↖ Unfallhäufung mit einer Ausdehnung ≤ 100 Meter
- 1 Nummer der Unfallhäufung

Unfallhäufung 2018-2021

Unfalltyp:
 1x Einbiegen/ Kreuzen
 2x Längsverkehrsunfall

Unfallart:
 Zusammenstoß von Fzg
 2x das vorausfährt, wartet
 1x das einbiegt/ kreuzt

St 2263 Erhaltungskonzept

- Abschnitt Höchstadt – Kleinneuses
Bau in 2021
- Abschnitt Kleinneuses - Großneuses
abgeschlossen seit 2019
- Abschnitt Großneuses – Boxbrunn
abgeschlossen seit 2020
- Abschnitt ERH 27 – Oberlindach
in Planung
Abschnitt südl. Boxbrunn
in Planung

Vielen Dank für die
Aufmerksamkeit

Zollhof 3

Jahresabschluss der Stadt- und Kreissparkasse Erlangen Höchstadt Herzogenaurach 2020

Kreistag des Landkreises Erlangen-Höchstadt
19. Juli 2021

1. Jahresabschluss 2020

Übersicht Veränderungen zum Vorjahr im Vergleich mit dem Landesdurchschnitt

Angaben in %
Basis: Bista-Daten

Vorstand
19.07.2021
3

Aktiva

Aktiva	2020 Mio. €	2019 Mio. €	2020 in % BS	2019 in % BS
Barreserve	768,0	563,1	10,8%	8,7%
Forderungen an Kreditinstitute	958,3	743,7	13,5%	11,5%
Forderungen an Kunden	3.817,3	3.579,9	53,8%	55,3%
Eigene Wertpapieranlagen	1.360,5	1.437,2	19,2%	22,2%
Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	85,0	85,0	1,2%	1,3%
Sachanlagen	68,3	37,1	1,0%	0,6%
Sonstiges	39,5	25,4	0,5%	0,4%
Bilanzsumme	7.096,9	6.471,4	100,0%	100,0%

Angaben in Mio. € bzw. in % der Bilanzsumme

Vorstand
19.07.2021
4

Passiva

Passiva	2020 Mio. €	2019 Mio. €	2020 in % BS	2019 in % BS
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	359,8	346,5	5,1%	5,3%
Kundeneinlagen	6.006,3	5.427,4	84,6%	83,9%
Verbriefte Verbindlichkeiten	28,0	20,2	0,4%	0,3%
Nachrangige Verbindlichkeiten	23,8	32,9	0,4%	0,5%
Fonds für allgemeine Bankrisiken	237,4	225,6	3,3%	3,5%
Eigenkapital	360,8	352,9	5,1%	5,5%
Sonstiges	80,8	65,7	1,1%	1,0%
Bilanzsumme	7.096,9	6.471,4	100,0%	100,0%

Angaben in Mio. € bzw. in % der Bilanzsumme
 Vorstand
 19.07.2021
 5

Gewinn- und Verlustrechnung (1/3)

	2020	2019	Änderung in Mio. €	Änderung in %
Zinserträge	97,6	103,6	- 6,0	
Zinsaufwendungen	- 7,3	- 14,6	- 7,3	
Zwischensumme Zinsüberschuss	90,3	89,0	+ 1,3	+ 1,4 %
Provisionsüberschuss	45,6	38,5	+ 7,1	+ 18,5 %
Sonstige ordentliche Erträge	7,2	6,0	+ 1,2	
Zwischensumme Erträge	143,1	133,5	+ 9,5	+ 7,1 %

Angaben in Mio. € bzw. in %
 Veränderungen ggü. Vorjahr
 Vorstand
 19.07.2021
 6

Gewinn- und Verlustrechnung (2/3)

	2020	2019	Änderung in Mio. €	Änderung in %
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	- 84,9	- 83,9	+ 1,0	+ 1,2%
dav. Personalaufwand	- 54,4	- 55,9	- 1,5	- 2,6%
dav. Sachaufwand	- 30,6	- 28,1	+ 2,5	+ 9,0%
Sonstige ordentliche Aufwendungen	- 4,2	- 3,4		
Zwischensumme Aufwendungen	- 89,1	- 87,4	+ 1,8	+ 2,0%
Bewertungsergebnis	- 31,8	- 21,2		
Betriebsergebnis nach Bewertung	22,2	24,9	- 2,7	- 11,0%

Angaben in Mio. € bzw. in %
 Veränderungen ggü. Vorjahr

Vorstand
 19.07.2021
 7

Gewinn- und Verlustrechnung (3/3)

	2020	2019	Änderung in Mio. €	Änderung in %
Betriebsergebnis nach Bewertung	22,2	24,9	- 2,7	- 11,0%
Neutrales Ergebnis	1,3	- 3,9		
Steuern	- 15,6	- 12,8		
Jahresüberschuss	7,9	8,2	- 0,3	- 4,2%
Einstellung in Gewinnrücklagen	-1,9	-2,0		
Bilanzgewinn	6,0	6,3	- 0,3	- 4,4%
DBS	6.898	6.393	+ 505	+ 7,9%

Angaben in Mio. € bzw. in %
 Veränderungen ggü. Vorjahr

Vorstand
 19.07.2021
 8

Gewinn- und Verlustrechnung Vergleich Landesdurchschnitt

Zusammenfassung des Prüfungsergebnisses des Verbandsprüfers

- Die Prüfung ergab **keine Beanstandungen**.
- **Eine Feststellung** war bereits von der Sparkasse selbst erkannt und während der Prüfung bereinigt worden.
- Die **Finanz- und Liquiditätslage** ist **geordnet**.
- Die **Vermögenslage** wird als **durchschnittlich** eingestuft.
- Die **Risikolage** der Sparkasse wird als **nicht erhöht** beurteilt.
- Die Entwicklung der **Ertragslage** vor Bewertung ist **leicht überdurchschnittlich**, die der **Ertragslage** nach Bewertung **durchschnittlich**.
- Insgesamt wird das in der Sparkasse implementierte **Risikomanagementsystem** sowie die **Geschäftsorganisation** unter Berücksichtigung der Komplexität und des Umfangs der von der Sparkasse eingegangenen Risiken für **angemessen und wirksam** gehalten.
- Der **uneingeschränkte Bestätigungsvermerk** wurde **erteilt**.

2. Information über die Geschäftsentwicklung per 30.04.2021 der Stadt- und Kreissparkasse Erlangen Höchststadt Herzogenaurach

Entwicklung der Kundeneinlagen Bestandsentwicklung nach Kundengruppen 2020

Angaben in Mio. €

Vorstand
 19.07.2021

Entwicklung der Kundenkredite

Bestandsentwicklung nach Kundengruppen 2020

Gesamtforderungen
4.081 Mio. €
+ 77 Mio. €
+ 1,9 % (BY: + 1,6)

3. Ausblick

Zinsentwicklung langfristig

Quelle: Deutsche Bundesbank

Vorstand
 19.07.2021
 15

Rendite für Staatsanleihen mit zehnjähriger Laufzeit

Monatsdurchschnittswerte April 2021
 Quelle: Bloomberg / statista.com

Vorstand
 19.07.2021
 16

Maßnahmen zur Verbesserung des Betriebsergebnisses

- Vereinigung der Sparkassen Erlangen und Höchststadt a.d. Aisch
- Anpassung der Preise für Girokonten
- Kündigung Prämienparverträge
- Prozessoptimierung i.V.m.
- Angebot Altersteilzeit
- Anpassung der Servicezeiten an das Nutzungsverhalten der Kunden
- Ausbau der Beratungszeiten
- Intensivierung des Vertriebs
- Zusammenlegung von Geschäftsstellen

Betriebsergebnis vor Bewertung

Betriebsergebnis vor Bewertung (in % der DBS)

Strategische Untergrenze: 0,50 % DBS
 (Bankenaufsicht, Sparkassenverbände)

„Damit unsere Banken auch mittelfristig stabil und rentabel bleiben, werden auch künftig unpopuläre Geschäftsentscheidungen wie die Schließung von Filialen und die Aufgabe von Eigenständigkeit notwendig sein. Banken werden auch vermehrt Negativzinsen an Kunden weitergeben und Gebühren erhöhen müssen.“

Joachim Wuermeling, 27.04.2021

Vorstand
 19.07.2021
 19

Onlinebanking Immer mehr digitale Produktabschlüsse

Auf welchem Weg deutsche Verbraucher Bankprodukte kaufen
 Anteil der Produktabschlüsse in Prozent

Vorstand
 19.07.2021
 20

Filialnetz

Vorstand
 19.07.2021
 21

Filialnetz

Geschäftsstellen in der Region

Vorstand
 19.07.2021
 22

Nachhaltigkeit

Wie wichtig ist Ihnen bei der Wahl Ihres Kreditinstitutes die gesellschaftliche Verantwortung?

(Menschen, Wirtschaft, Umwelt bzw. das gesellschaftliche Leben)
Angaben in %

Gemeinschaftsprojekt der Sparkassen im
SGVHT, SGVSH, SVSaar, SVB, SVBW, SVRP, RSGV, SVWL, SVN

Vorstand
19.07.2021
23

Nachhaltigkeit Was tun wir?

Wenn's um Geld geht
Stadt- und Kreissparkasse
Erlangen-Höchststadt-Herzogenaurach

Produktangebot

- Solarfonds (2008) mit einem Erlanger Fonds-anbieter/Bauträger (Photovoltaikanlagen auf Sparkassendächern)
- Klimasparkassenbrief (2011) → Windräder
- Finanzierung von Klimaschutzinvestition und anderen nachhaltigen Maßnahmen über eigene Darlehen, den Einsatz von Bausparmitteln und Vermittlung öffentlicher Förderprogramme (u.a. für energieeffizientes Bauen und Sanieren)
- Eigene Sonderkreditprogramme, z.B. 2017 energieeffizienter Dachgeschossausbau 2018/2019 Modernisieren / Energie sparen 2020 Nachhaltig Modernisieren
- Nachhaltige Anlageprodukte primär über unseren Verbundpartner DekaBank
- Vertriebsschwerpunkt Nachhaltige Fonds
- Versicherung von Umweltrisiken
- Faire, ganzheitliche Beratung
- Zugang zu Basis-Bankprodukten
- Förderung regelmäßiges Sparen

Natur

- Bienen-Projekt (Hauptstelle Erlangen)
- Projekt Vogeleltern-Kinderstube (Nistkästen für alle Filialen)
- Pflege Baumbestand und Grünflächen
- Führung eines Baumkatasters

Geschäftsbetrieb

- Flächendeckendes Filialnetz (Kurze Wege)
- Reduzierung Papierverbrauch
 - Digitalisierung
 - Online-Banking
 - Elektronisches Postfach
 - Digitale Archivierung
- Einsatz von Papier aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern
- Energieeffiziente Bereichsdrucker
- Zusammenarbeit mit überwiegend regionalen Unternehmen
- Messung der Ressourcenverbrauchs über das VfU-Tool

Unternehmensführung / Soziales

- Fremdfirmenrichtlinie
- Barrierefreier Zugang (SB-Technik, Filialen)
- Stiftung „Bildung, Natur und Umwelt“ (2008)
- Förderung nachhaltiger Projekte durch Spenden und Sponsoring
- Stiftergemeinschaft (2010)
- Charta der Vielfalt
- Vergünstigtes Konto für sozial Benachteiligte

Gebäude

- Ressourcenschonendes Wirtschaften
- Schrittweise Gebäudesanierung
- Regelmäßiges Energieaudit (seit 2015)
- Energieeffiziente Anlagen und Geräte mit regelmäßiger Wartung und Kontrolle
- Dokumentation der Emissionen in einer Energiedatenbank
- Optimierung der betrieblichen Flächennutzung
- Emissionsminderung
- Umstellung auf Fernwärme und Strom aus regenerativen Energiequellen
- Photovoltaikanlagen, Wärmepumpen
- LED-Beleuchtung
- Smarte Gebäudetechnik
- Zertifizierung von Neubauten über die DGNB
- Mitglied der Lenkungsgruppe EnergieeffizientER

Mobilität

- Dienstreisen mit der Bahn
- Einsatz von E-Fahrzeuge und Aufbau von Ladestationen
- Umstieg auf Fahrrad (Aktion „Mit dem Rad zur Arbeit“; E-Bike-/Fahrrad-Leasing)
- Mobiles Arbeiten
- Digitale/Online-Veranstaltungen
- Vergünstigte ÖPNV-Fahrkarte

Vorstand
19.07.2021
24

Nachhaltigkeit Unser künftiges ESG-Konzept (Entwurf)

Umwelt (E)

Produktangebot

- Angebot nachhaltiger Anlageprodukte ausbauen
- Thema Nachhaltigkeit in der Anlageberatung ansprechen
- Verantwortungsvolle Kreditvergabe
- Unterstützung der Transformation zu einer nachhaltigen Wirtschaft
- Faire, ganzheitliche Beratung

Geschäftsbetrieb

- Ressourcenschonendes Wirtschaften
- Schrittweise Gebäudesanierung
- Regelmäßiges Energieaudit
- Reduzierung von Emissionen
- Weitere Digitalisierung und Prozessoptimierung

Unternehmensführung (G)

- Strategie + Nachhaltigkeitsziele
- Verhaltenskodex/ Führungsgrundsätze
- Fremdfirmenrichtlinie
- Steuerung der Eigenanlagen nach anerkannten Nachhaltigkeitskriterien
- Messung Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit
- Frauen in Führungspositionen

Soziales (S)

- Förderung nachhaltiger Projekte (Spenden, Stiftungen, Sponsoring)
- Spendenportal
- Betriebl. Gesundheitsmanagement
- Förderung Work-Life-Balance
- Emissionsreduzierung beim Weg zur Arbeit: mobiles Arbeiten, ÖPNV, Fahrrad

CO2-Ausstoß (in t)

→ CO2-Kompensation

E = Umwelt (Environment) S = Soziales (Social) G = Unternehmensführung (Governance)

Förderung gemeinnütziger Zwecke über Spenden und Sponsoring sowie zwei Stiftungen

Spenden und Sponsoring

Wir haben 2020 rd. **1,6 Mio. €** an rd. 1.000 verschiedene Einrichtungen mit kirchlichem, karitativem und sozialem Charakter sowie an Vereine und Institutionen aus den Bereichen Sport, Kunst, Kultur, Bildung und Umwelt gespendet.

Unsere Erlanger **Stiftung „Bildung, Natur und Umwelt“** ist dotiert mit **1,5 Mio. €** und hat seit 2009 fast **340.000 €** an Fördermitteln ausgeschüttet.

Unsere „**Stiftung der Kreissparkasse Höchststadt a. d. Aisch**“ - **Ein Herz für die Region** ist dotiert mit **1,0 Mio. €** und hat seit 2007 fast **235.000 €** an Fördermitteln ausgeschüttet.

Spendenportal

Seit dem Start im April 2019 haben wir über unser Spendenportal bis heute mit Hilfe von rd. **5.900 Spenden** knapp **925 T€** für **510 Projekte** gesammelt.

Vorstand
19.07.2021
27

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Stadt- und Kreissparkasse Erlangen Höchststadt Herzogenaurach
Johannes von Hebel